

Landblatt der
Schichtmeister Grünhain, So-
hanngeorgenstadt, Schnee-
berg, Schwarzenberg u. Wil-
denfels und der Stadttheile
Rex, Elterlein, Grünhain,
Dorf, Johanngeorgen-
stadt, Köhnitz, Reußthal,
Schneeberg, Schwarzenberg,
Wildenfels und Ruditz.

Erzgeb. Volksfreund

Er scheint
täglich mit Ausnahme Mon-
tags. — Preis vierteljähr-
lich 15 Ngr. — Inser-
tionsgebühren die gewöhn-
liche Zeile 10 Pfennige. —
Anzeigenannahme für die
am Abende erscheinende
Nummer bis Donnerstag
11 Uhr.

(5541)

Bekanntmachung.

Nach § 103 der Armenordnung vom 22. October 1840 ist die Sammlung von Collecten zu wohlthätigen Zwecken nur nach vorher eingeholter Genehmigung entweder der Ortsobrigkeit, oder der betreffenden königlichen Kreisdirection, oder des königlichen Ministerii des Innern, je nachdem die Sammlung nur an einem einzelnen Orte, oder in einem größeren Bezirke, oder im ganzen Lande stattfinden soll, zulässig. Ohne Nachweis dieser Erlaubniß herumgehende Collectanten sollen in Verantwortung und Strafe gezogen werden.

Da nun gleichwohl derartige Sammlungen ohne Erlaubniß stattgefunden haben und insbesondere für die Zwecke der socialdemokratischen Partei in der Weise veranstaltet worden sind, daß damit beauftragte Parteimitglieder mit Sammelbogen versehen in den Häusern herumgehen und um Geldbeiträge zu einem „Unterstützungsfond“ bitten; so wird hiermit das angegebene Verbot in Erinnerung gebracht und für jede Zuwiderhandlung gegen dasselbe Geldstrafe bis zu 20 Thalern oder verhältnismäßige Haftstrafe angedroht.

Königliches Gerichtsamt Schneeberg,

am 7. Mai 1874.

Bernhardi.

(5557)

Bekanntmachung.

Der Fleischer Herr Ernst Herrmann Luchscherer in Bernsbach beabsichtigt, in seinem daselbst gelegenen, unter Nr. 127 b. catastrirten Wohngebäude die Schlächtereier zu betreiben, was in Gemäßheit § 17 der Gewerbeordnung für den Norddeutschen Bund vom 21. Juni 1869 mit der Aufforderung hiermit bekannt gemacht wird, etwaige Einwendungen gegen das Vorhaben des Herrn Luchscherer, soweit sie nicht auf Privatrechtsmittel beruhen, bei deren Verlust binnen 14 Tagen vom Ablauf des Tages an gerechnet, an welchem das, die gegenwärtige Bekanntmachung enthaltende Blatt ausgegeben wird, allhier anzubringen.

Grünhain, den 11. Mai 1874.

Das königliche Gerichtsamt daselbst.

l. v.:

Müller, Ass.

B.

(5249-50)

Bekanntmachung.

Den 27. dieses Monats, von Vormittags 9 Uhr an,

sollen im hiesigen Gerichtsamtgebäude zwei alte Taschenuhren, eine Partie Forstspäander an Hacken, Weilen, Sägen und Reismessern, mehrere außer Courtz gesetzte Gewichtsstücke, Brennmaterial an Holz und Reisig in einzelnen Partien und nach Befinden einige andere Gegenstände an die Meistbietenden gegen sofortige Baarzahlung versteigert werden.

Grünhain, am 18. Mai 1874.

Das Königl. Gerichtsamt daselbst.

In Stellvertretung:

Müller, Assessor.

Bekanntmachung.

In der Nacht vom 13. zum 14. dieses Monats sind aus einem hiesigen Wohngebäude mittelst gewaltsamen Einbruchs

3 harte Thaler,
ein gutes leinenes Frauenhemde, mit A. B. gezeichnet,
ca. 8 Stück blauegedruckte leinene Frauenschürzen,

gestohlen worden.

ca. 4 Stück bunte Taschentücher,
ein mit Perlen gesticktes Cigarettenetui und
ca. 75 Stück Cigaretten

Wir machen diesen Diebstahl mit der Aufforderung bekannt, etwaige Verdachtsmomente bei uns zur Anzeige zu bringen.

Köhnitz, am 15. Mai 1874.

Die Stadtpolizeibehörde.

Dr. Krause.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

Berlin, 15. Mai. Nach den bis jetzt getroffenen Bestimmungen wird der Reichskanzler Fürst Bismarck morgen früh nach Vargin abreisen.

München, 10. Mai. Die Verhandlung eines Soldaten Namens Plattner in einer zu Neumarkt in der Oberpfalz garnisonirenden Chevauxleger-Escadron hat seiner Zeit in der bayerischen Kammer und noch jüngst im Reichstage zu heftigen Debatten Anlaß gegeben. Thatsache ist, daß der später gestorbene arme Mensch ein Gehirnleiden hatte, aber von dem betreffenden Arzt und auf dessen Autorität auch von den Vorgesetzten für einen harthirnigen Simulanten gehalten und demgemäß behandelt wurde. Jetzt wird die Sache Gegenstand der öffentlichen Verhandlung vor dem Militär-Schwurgericht (bekanntlich hat der bayerische Militär-Strasproceß auch das Oeschworenengericht aufgenommen) in Würzburg, am Sitz des Armeecorps-Commandos, werden, und es muß sich herausstellen, wie viel von den ramentlich durch die clericale Presse betriebenen Anschuldigungen Wahrheit oder Dichtung ist. Gewiß war es ganz gerechtfertigt, und die Presse aller Parteien hat nur ihre Pflicht gethan, darauf zu dringen, daß die genaueste richterliche Untersuchung eintrete; aber so viel hat sich jetzt schon aus den zu hochragenden Actenstößen erwachsen, mit der allergrößten Vollständigkeit gepflogenen Erhebungen ergeben, daß in der Stadt Neumarkt und Umgegend die Plattner-Affaire zu einer förmlichen Sagenbildung geführt hat, an welcher leitende Hände recht wohl wahrnehmbar sind. Auch dies ist kein Grund dagegen, daß die Schuldigen, so weit solche gefunden werden, die ganze Schwere des Befehles trifft, und diese Genugthuung für das beleidigte Rechtsgefühl ist um so dringender geboten, als der bayerische Kriegs-Minister, offenbar durch seine Unterbeamten ungenügend unterrichtet, bei der ersten Anregung des Gegenstandes in der hiesigen Abgeordnetenkammer eine einfache abweisende Antwort gab. Die Energie und Vollständigkeit, womit jetzt die neue Untersuchung geführt worden ist — die einzeln, zur Escadron gehörenden Mannschaften sind im ganzen Lande aufgesucht und vernommen worden — beweist, daß der Kriegs-Minister nicht zum zweiten Male getäuscht werden wollte. Augenblicklich ist in so fern noch eine Vorfrage zu entscheiden, als zwei der vor das Militärgericht verwiesenen Persönlichkeiten gegen diese Verweisung die Nichtigkeitsbeschwerde eingelegt haben, worüber der oberste Gerichtshof in diesen Tagen entscheiden wird. Unter allen Umständen kommt es zur öffentlichen Schwurgerichtsverhandlung, und dies ist im Interesse der Militärverwaltung selber und des Vertrauens, welches in einem Staate des 19. Jahrhunderts die Bevölkerung zu dem allgemeinen Charakter derselben haben muß, dringend geboten.

Oesterreich.

Wien, 15. Mai. In der heutigen Sitzung des Finanzausschusses erklärte sich der Reichskriegsminister Freiherr Ruhn von Ruhnfeld auf Entschiedenheit gegen eine etwaige Abkürzung der Präsenzzeit der Heeresdienstpflichtigen. Fürst Czartoryski bemerkte, daß ihm die politische Lage der beruhigenden Versicherungen und rosigten Anschauungen des Ministers des Auswärtigen ungeachtet ziemlich drohend zu sein schien; man dürfe deshalb die Erfolge der Armee nicht in Frage stellen, da vielleicht der Krieg nicht ferne sei. Der Minister des Auswärtigen Graf Androschy erwiderte, er könne die politische Lage als so schwarz nicht ansehen, im Gegentheil habe die Erhaltung des Friedens die größte Wahrscheinlichkeit für sich, mehr als eine bloße Wahrscheinlichkeit könne Niemand vorher sagen. — „Allerdings haben wir keine Freude, aber wir finden um so mehr Freunde, je mehr man Vertrauen in die Stärke unserer Armee setzt.“ Aus diesem Grunde sei es gefährlich an der erprobten dreijährigen Präsenzzeit zu rütteln.

Infolge der starken Regengüsse der letzten Tage, zu denen sich auch das Aufthauen des Schnees im Gebirge gesellte, waren die Elbe und die Moldau in Böhmen in stetem Steigen begriffen. In Krumau betrug am Mittwoch Vormittags das Hochwasser der Moldau 44 Zoll, in Budweis um dieselbe Zeit 48 Zoll, Nachmittags bereits 70 Zoll über dem Normale und war noch in rapidem Steigen begriffen. Brücken, viele Flüsse und eine Menge Scheitholz wurden fortgerissen. — Die Berichte über die Ueberschwemmung in Steiermark lauten sehr tröstlich. Seit dem großen Ueberschwemmungsjahr 1827 war der Wasserstand in Graz kein so hoher, wie dies Mal. Glücklicherweise ist die Mur seit Mittwoch wieder im Sinken.

Aus Heinrichthal in Mähren schreibt man unterm 29. April, es sei daselbst seit drei Tagen eine solche Masse von Schnee gefallen, daß man nicht im Stande war mit einem Wagen zu fahren. Man mußte die Schlitten wieder hervorholen.

Frankreich.

Paris, 13. Mai. Die Mißverständnisse zwischen dem rechten Centrum und der äußersten Rechten compliciren sich durch die friedliche Haltung der Anhänger der Berufung an das Volk. Die dem Herrn de Broglie zugeschriebene Aeußerung „Wir werden uns verständigen!“ hat die bonapartistischen Deputirten angeleckt; sie haben gesehen, daß die Legitimisten dem Ministerium um so mehr Concessionen abtropfen, je widerspänniger sie sich zeigen; und sie ahnen ihren nach. Auch bemerkte ein Deputirter vom linken Centrum diesen Morgen: „Herr de Broglie ist noch sehr stolz, wenn er sagt, er werde sich verständigen, er hätte sauer müssen capituliren.“ In den Vorlesungen der National-Assemblee hat